



FBP mit konkreten Massnahmen gegen steigende Gesundheitskosten

Die Gesundheitskosten in Liechtenstein steigen rasant – und mit ihnen die Belastung für Familien, Rentnerinnen und Rentner sowie Unternehmen. 2026 steigen die Krankenkassenprämien um bis zu 8 Prozent. «Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie die stetig wachsenden Prämien noch bezahlen sollen», betont FBP-Präsident Alexander Batliner.

Während der zuständige Gesundheitsminister Emanuel Schädler in einer ersten Reaktion gegenüber dem «Vaterland» das Einsparpotenzial als begrenzt bezeichnet und keine schnellen Lösungen in Aussicht stellt, übernimmt die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) Verantwortung. «Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass wir handeln», so Batliner weiter. «Es darf nicht länger hingenommen werden, dass überhöhte Medikamentenpreise die Gesundheitskosten in die Höhe treiben.» Deshalb hat die FBP im Landtag ein Postulat zur

Senkung der Medikamentenkosten eingereicht. FBP-Landtagsabgeordneter Daniel Salzgeber erklärt: «Die Medikamentenkosten sind ein erheblicher Kostentreiber im Gesundheitssystem. Allein im Zeitraum August 2024 bis Juli 2025 beliefen sie sich auf rund 36,6 Millionen Franken. Schon eine Reduktion um 10 Prozent würde Einsparungen von 3 bis 4 Millionen Franken pro Jahr ermöglichen.»

Das Postulat fordert die Regierung auf, Massnahmen wie Wirkstoffverschreibung, die Abgabe des günstigsten Präparats und eine Anpassung der Vergütungssysteme zu prüfen. «Die Erfahrungen aus der Schweiz zeigen, dass klare Regeln und gezielte Anreize wirken», betont FBP-Fraktions-sprecher Johannes Kaiser. «Dort führten Anpassungen bei Selbstbehalten und Margen zu grossen Einsparungen und einem deutlichen Anstieg bei der Verwendung von Generika. Es ist

höchste Zeit, dass auch Liechtenstein diesen Weg geht.»

Auch im Bereich der Altersmedizin setzt die FBP Akzente. Ein weiteres Postulat, das im Oktober-Landtag an die Regierung überwiesen wurde, zielt auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Spital, Pflege und ambulanter Betreuung. «Gerade vor dem Hintergrund der angekündigten Prämiensteigerungen ist es wichtig, gezielt dort anzusetzen, wo die grössten Gesundheitskosten entstehen – und das ist in den letzten Lebensjahren», so Salzgeber. «Eine bessere Abstimmung hilft, unnötige Spitaleintritte zu vermeiden und Ressourcen effizienter zu nutzen.»

Die FBP beweist: Es gibt Lösungen. Mit konkreten Vorstössen und dem Willen zur Veränderung übernimmt sie Verantwortung für ein bezahlbares und zukunftsfähiges Gesundheitssystem in Liechtenstein.

Digitalisierung, KI und Social Media: Fluch oder Segen für die Schule?

Vortrag Silke Müller, Bildungsexpertin

Vortrag Daniel Wolff, Digitaltrainer

Podiumsdiskussion im Anschluss

Schlussworte Daniel Oehry, Bildungsminister

Apéro zum Gedankenaustausch



Silke Müller
Bildungsexpertin



Daniel Wolff
Digitaltrainer



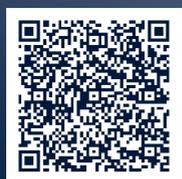
Carmen Dahl
Moderation

Montag,
10. November 2025

19.00 Uhr
(Türöffnung 18.30 Uhr)

Gemeindesaal
Triesen

Eintritt frei.
Aus organisatorischen
Gründen bitten wir
um Anmeldung unter
www.eventfrog.ch



stipp visite



«Wir werden als Land wahrgenommen, das in der obersten Liga mitspielt»

Regierungschefin-Stellvertreterin Sabine Monauni spricht über die Rolle Liechtenstein an der UNO-Generalversammlung in New York, neue diplomatische Erfolge und warum internationale Zusammenarbeit für Liechtenstein keine Option, sondern eine Notwendigkeit ist.

Frau Regierungschefin-Stellvertreterin, Sie haben an der UNO-Generalversammlung in New York gesprochen.

Was war Ihre zentrale Botschaft?

Sabine Monauni: Es ging mir darum, klarzumachen, dass die UNO gerade an einem entscheidenden Punkt steht. Angesichts der Blockaden im Sicherheitsrat, der Kriege in verschiedenen Regionen und der grossen globalen Krisen braucht es dringend eine stärkere, handlungsfähige UNO. Liechtenstein setzt sich dafür ein, dass Frieden, Menschenrechte und internationale Regeln wieder ins Zentrum rücken und dass diese für alle gleichermassen gelten.



Aussenministerin Sabine Monauni anlässlich ihrer Rede vor der UNO-Generalversammlung.

dieses «Better together» mehr als ein Motto, es ist eine Notwendigkeit.

In mehreren Reden haben Sie auch den Konflikt im Nahen Osten angesprochen. Wie blickt Liechtenstein auf die Situation in Israel und Palästina?

Sabine Monauni: Wir sehen mit grosser Sorge auf das unermessliche Leid der Zivilbevölkerung. Die Zwei-Staaten-Lösung war eine der ersten Entscheidungen der Vereinten Nationen und sie bleibt der einzige Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden. Gleichzeitig ist es entscheidend, dass die humanitäre Hilfe für die betroffene Bevölkerung gesichert und ausgeweitet wird. Liechtenstein leistet hier seinen Beitrag und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Unterstützung die Menschen erreicht, die sie dringend benötigen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass das Leid andauert und die internationale Gemeinschaft untätig bleibt.

Ein besonderer Moment war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Sambia und die Unterzeichnung eines Doppelbesteuerungsabkommens mit Montenegro. Welche Bedeutung haben diese Schritte?

Sabine Monauni: Beides waren wichtige Höhepunkte. Mit Sambia haben wir

nicht nur unser internationales Netzwerk erweitert, sondern auch an eine lange Tradition der Zusammenarbeit angeknüpft: Der Liechtensteinische Entwicklungsdienst ist dort seit vielen Jahren aktiv und leistet wertvolle Arbeit. Diese neue diplomatische Ebene ergänzt diese Verbindung und eröffnet zusätzliche Perspektiven. Mit Montenegro wiederum haben wir durch das Doppelbesteuerungsabkommen einen wichtigen Baustein für unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen. Wir sichern Unternehmen rechtlich ab und eröffnen neue Chancen für Partnerschaften.

Was nehmen Sie persönlich von diesen Tagen in New York mit?

Sabine Monauni: Es waren intensive Tage voller Begegnungen, Gespräche und konkreter Fortschritte. In vielen Gesprächen wurde mir bestätigt, dass Liechtenstein in der UNO eine grössere Rolle spielt, als man vielleicht von aussen erwartet, wir werden als Land wahrgenommen, das in der «obersten Liga» mitspielt. Gerade das zeigt, wie wichtig unsere Präsenz ist.

«Gerade für ein kleines Land wie Liechtenstein ist dieses «Better together» mehr als ein Motto, es ist eine Notwendigkeit.»

Sabine Monauni, Aussenministerin

Das diesjährige Motto lautete «Better together». Hat man diesen Geist gespürt?

Sabine Monauni: Ja, ganz deutlich. In den vielen Begegnungen und Gesprächen war zu spüren, dass wir die grossen Herausforderungen unserer Zeit, von der Klimakrise bis zur künstlichen Intelligenz, nur gemeinsam bewältigen können. Gerade für ein kleines Land wie Liechtenstein ist

pro**contra**

Soll für Unternehmen neben der digitalen auch die analoge Kommunikation mit Behörden wiedereingeführt werden?



Johannes Kaiser
Landtagsabgeordneter

Pragmatisch, effizient und unbürokratisch

Die ausschliesslich elektronische Kommunikation mit Behörden gilt nur für Unternehmen. Für Privatpersonen ist im Minimum ein analoger Kanal anzubieten. Doch im Bereich der Behörden-Kommunikation gibt es einige «Holperer». Eine Prämisse muss sein, dass die Digitalisierung und elektronische Kommunikation nicht mit bürokratischem Mehrballast befrachtet sein darf.

Es ist logisch und klar, dass es ohne Digitalisierung nicht geht. Diese ist sinnvoll und bringt viele Vorteile mit sich. Doch digitale Kommunikation birgt auch ihre Risiken, ihre Tücken, ihre Lecks und Hacker-Anfälligkeit. Digitalisierungs-Lösungen müssen also wirtschafts- und benutzerfreundlich ausgestaltet sein – und sicher. Und, sie dürfen nicht zu mehr Bürokratie und personellen Mehraufwänden für die Unternehmerinnen und Unternehmer führen.

Systeme müssen gut durchdacht, praktikabel und effizient sein. Sind sie das nicht, müssen – zumindest in der Übergangsphase - analoge Alternativen angeboten werden. Bei der eID-Einführung der MwSt.-Abrechnungs-Thematik ist die reale Praxis bis heute weit von den geforderten Prämissen entfernt. Hätte das zuständige Ministerium die Wirtschaft mit ins Boot geholt, wäre mit Sicherheit eine bessere Lösung entstanden.

Die Verwaltung zeigt in anderen Fällen, dass es auch einfacher geht: Sowohl die Steuererklärung als auch das AHV-easy Portal können ohne eID und ohne eVertretung bedient werden. In der Schweiz dient bei der MwSt.-Abrechnung dazu eine einfache Online-Lösung – eine E-Mail – und es muss nicht ein Mitarbeiter eines Unternehmens als natürliche Person für das Unternehmen bürgen. Eben pragmatisch, effizient und unbürokratisch.



Lino Nägele
Landtagsabgeordneter

Zurück zum Papier? Falscher Weg.

Digitalisierung soll Aufwand senken und Abläufe beschleunigen. Das klappt nicht überall. Aber die Antwort ist nicht der Rückwärtsgang. Oder wie von der DpL im Landtag gefordert, die Wiedereinführung analoger Kanäle zwischen Behörden und Unternehmen. Sachlogisch führt ein Parallelweg zu Bürokratieaufbau. Privatpersonen sind nicht betroffen, für sie braucht es ohnehin nach wie vor beide Wege.

Die eID insbesondere in Zusammenhang mit der elektronischen Mehrwertsteuer haben viel Unzufriedenheit ausgelöst: Grosser Aufwand und holprige Abläufe. Das müssen wir ernst nehmen. Hier erwarte ich von der Regierung klare Auskünfte und rasche Verbesserungen, damit die Lösungen praxistauglich werden. Auch der Einbezug von betroffenen Unternehmen zur Findung der besten und praxistauglichsten Lösungen erwarte ich mir hier von der Regierung.

Wer jetzt Energie in die Wiederbelebung eines zusätzlichen analogen Parallelwegs steckt, nimmt sie der Optimierung der digitalen Verfahren weg. Am Ende riskieren wir zwei halbgeare Systeme: ein schlechtes digitales und ein schlechtes analoges. Der richtige Weg ist, digitale Schwachstellen zu beheben, Prozesse zu vereinfachen und Verantwortlichkeiten zu klären, damit Unternehmen und Verwaltung spürbar entlastet werden.

Ich erwarte, dass wir die digitale Lösung jetzt wirklich gut machen – mit Einbindung aller Betroffenen und Fokus auf Alltagstauglichkeit. Kein Rückschritt zum Papier, die Schwachstellen in den digitalen Lösungen müssen rasch erkannt und behoben werden. Ich bin davon überzeugt, fortschrittliche, einfache und praxistaugliche Lösungen bringen nur Vorteile – für die Unternehmen aber auch für die Verwaltung.

Parteienbühne der FBP-Landtagsfraktion

Medienkompetenz statt Holzhammerpolitik

Die FBP-Fraktion hat das Postulat der DpL für ein flächendeckendes Handyverbot in den liechtensteinischen Schulen klar abgelehnt. In der Praxis erweist sich ein striktes Verbot als untauglich, wenig zeitgemäss und letztlich sogar kontraproduktiv. Zudem verfügen sämtliche Schulen bereits über umfassende Erfahrung im Umgang mit Smartphones, Smartwatches und ähnlichen Geräten und haben klare Regeln dafür etabliert. Regeln, die funktionieren und eingehalten werden.

Smartphones sind längst fester Bestandteil der Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen. Im Unterricht sind sie in der Realität aber wenig zu finden. Ein striktes Smartphone-Verbot würde die Lebenswelt der jungen Menschen ignorieren und gleichzeitig die zentrale pädagogische Aufgabe der Schulen verfehlen: Kinder und Jugendliche zu stärken und auf die Herausforderungen der (digitalen) Welt vorzubereiten. Schulen haben die Aufgabe, Medienkompetenz und einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Geräten zu fördern. Ein generelles Verbot würde diese wichtige Aufgabe auslagern und die Probleme ausschliesslich in die Freizeit verschieben, wo pädagogische Begleitung fehlt.

Ein von oben verordnetes Smartphone-Verbot widerspricht in unseren Augen auch ganz klar der Schulautonomie. Die Schulen verfügen bereits über bewährte und praxisnahe Regeln zur Smartphone-Nutzung, die je nach Bedarf und Schulstandort flexibel umgesetzt werden können.

Wir vertrauen den Schulleitungen und Lehrpersonen, dass sie am besten einschätzen können, welche Regelungen vor Ort sinnvoll sind, und ebenso in die Eltern, dass sie die Themen zu Hause behandeln. Ein gesetzlich erlassenes Verbot würde die Kompetenzen der Lehrpersonen sowie der Eltern untergraben.

Uns ist es auch sehr wichtig, die Anliegen der Eltern ernst zu nehmen. Viele Eltern möchten ihre Kinder auf dem Schulweg oder bei Freizeitaktivitäten nach der Schule erreichen können. Das wäre mit einem strikten Smartphone-Verbot nicht mehr möglich.

Wir setzen auf Eigenverantwortung, auf Vertrauen und Dialog. Schulen sollen unsere Kinder und Jugendlichen im sinnvollen Umgang mit Smartphones begleiten und ihre Medienkompetenz fördern. Genauso, wie es auch der liechtensteinische Lehrplan vorsieht.

Gerade weil die Kinder hauptsächlich in der Freizeit online sind, müssen wir dieses Thema breiter denken, denn verhindern können wir es nicht. Es ist unsere Pflicht, dass einerseits die Kinder in diesem Bereich bestmöglich vorbereitet, und zum anderen die Eltern in ihrer Verantwortung unterstützt werden.

Aus unserer Sicht ähnelt das Postulat der DpL einer «Politik mit dem Holzhammer», die eher rückwärtsgewandt als zukunftsorientiert ist.

«Ein gesetzlich erlassenes Verbot würde die Kompetenzen der Lehrpersonen sowie der Eltern untergraben.»

FBP-Landtagsfraktion

Kommentar

Sebastian Gassner
Landtagsabgeordneter



Mehr Freiheit im Stromhandel statt Verwirrung

Der Landtag hat sich im Oktober mit mehreren Vorschlägen zum Elektrizitätsmarkt beschäftigt. Der beste Vorschlag ist dabei unscheinbar aber fundiert von der EU gekommen. Mit dem 4. Europäischen Energiemarkt-Liberalisierungspaket wurde eine Richtlinie erlassen, die den Handel mit lokalem Strom bis zu den Endkunden vereinfachen soll. Der Umsetzungsvorschlag von Energieminister Hubert Büchel konnte die FBP jedoch nicht überzeugen.

Ein stärkerer Wettbewerb führt zu tieferen Preisen für die Bevölkerung, indem er den Handel mit selbstproduziertem Strom fördert. Statt zentrale Anliegen der EU und die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung aufzugreifen, wurden spürbare Verbesserungen für unsere Endkunden aber kaum in Aussicht gestellt.

Deshalb forderte die FBP, die Netzegebühren für den Handel mit PV-Strom zu senken. Das schafft echte Anreize für unsere Bürgerinnen und Bürger, lokalen Strom zu handeln, die Stromproduktion und -speicherung auszubauen und teure Stromimporte zu reduzieren.

Für zusätzliche Verwirrung sorgten eine Postulatsbeantwortung und eine Initiative der DpL. Erstens wurde die Initiative eingereicht, bevor die Postulatsbeantwortung zum gleichen Thema vorlag – offenbar waren die Initianten an den Erkenntnissen daraus nicht interessiert. Zweitens war die Initiative nicht mit dem EWR-Staatsvertrag konform, was grundlegende rechtliche Probleme aufwirft. Und Drittens versäumte es der Energieminister, die rechtlichen Grundlagen für die Staatsvertragsprüfung von Anfang an fundiert zu begründen.